

Rief Brief

Josef Rief MdB – Für Oberschwaben in Berlin!

2012

Europäische Schuldenbremse statt Euro-Bonds

Deutschland muss Schulden abbauen

Die Staatsschuldenkrise wird auch in 2012 das zentrale Thema sein. Ziel ist die Stabilität unseres Geldes. Die Politik darf die Menschen nicht um den Erfolg ihrer Lebensleistung bringen.

Der Sparer, der vorgesorgt und nicht über seine Verhältnisse gelebt hat, der Unternehmer, der erfolgreich die Krise gemeistert hat, und der Handwerker, der solide gewirtschaftet hat, darf nicht zum Dummen gemacht werden. Die richtige Politik zur richtigen Zeit ist von größter Bedeutung und kann im Zweifel über Milliarden von Euro entscheiden oder die Währung komplett gefährden.

SPD und Grüne favorisieren Euro-Bonds zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise. Was sind Euro-Bonds? Bisher gibt jedes Land eigene Staatsanleihen heraus. Bei Euro-Bonds würden alle Euroländer zusammengefasst nur eine Euro-Staatsanleihe herausgeben. Vorteil für die Krisenländer (Griechenland, Italien, Portugal) wäre ein niedrigerer Zinssatz im Vergleich zu ihren eigenen bisher herausgegebenen Staatsanleihen. Nachteil für Deutschland wären höhere Zinsen, da die deutschen Staatsanleihen bisher sehr niedrige Zinsen haben.

Fortsetzung auf Seite 2



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit 27. September 2009 bin ich Ihr direkter gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Biberach. Heute lege ich Ihnen eine Zwischenbilanz mit einigen Themen meiner über zweijährigen Arbeit vor. Ich erachte es als meine Pflicht, Sie nicht nur in Wahlkampfzeiten zu informieren, sondern gerade jetzt zur Halbzeit der Wahlperiode. Im Bundestag waren seit Beginn meiner Tätigkeit vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise schwierige Entscheidungen zu treffen. Dazu ist es notwendig, sich mit Fakten zu beschäftigen und diese vertieft mit Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern zu diskutieren. Genauso wichtig sind langjährige Berufs- und Lebenserfahrung als Grundlage einer sachgerechten Entscheidung. Es geht um die Zukunft von uns und unseren Kindern und Enkeln.

Viel Spaß beim Lesen und Durchblättern meines Rief-Briefes! Zusätzlich zur politischen Information würde ich mich freuen, wenn Ihnen das Rezept „schmeckt“ oder Sie sich am Gewinnspiel beteiligen. Vielleicht kann ich Sie schon bald in Berlin begrüßen.

Herzlichst, Ihr

Josef Rief



Erfolgreicher Einsatz für die Bundeswehrstandorte im Wahlkreis

Heeresflieger bleiben in Laupheim

Aufatmen im Kreis Biberach: der traditionsreiche Standort Laupheim bleibt erhalten!

Auf Einladung Riefs machten sich der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ernst-Reinhard Beck und auch der Abgeordnete Markus Grübel als Mitglied des Verteidigungsausschusses ein persönliches Bild von der Bedeutung der Heeresflieger in Bezug auf die militärische Potenz und die regional-wirtschaftliche Infrastruktur.

In mehreren Gesprächen mit Verteidigungsminister de Maizière und dem parlamentarischen Staatssekretär Schmidt



MdB Beck (M.) zu Besuch am Standort Laupheim

wusste CDU-Mann Rief die ganz konkreten verteidigungspolitischen Argumente für Laupheim in die Waagschale zu werfen.

Fortsetzung auf Seite 2



Europäische Schuldenbremse statt Euro-Bonds

Deutschland muss Schulden abbauen

Fortsetzung von Seite 1

Eine solche gemeinschaftliche Kreditaufnahme würde zu gleich hohen Zinsen für alle Mitgliedsländer führen und damit für Deutschland ein höheres Zinsniveau bedeuten. Anerkannte Institute rechnen für diesen Fall langfristig mit zusätzlichen jährlichen Zinskosten von 33-47 Milliarden Euro für Bund, Länder und Kommunen in Deutschland.

Immer noch Nachholbedarf beim Internet-ausbau

Der Internetausbau in unserer ländlichen Region geht trotz Vereinfachungen für die Investoren und hohem Mitteleinsatz noch nicht schnell genug voran.

Der LTE-Ausbau mit Breitbandinternet über das Funknetz geht zügig weiter. Dies ist nur eine mittelfristige Alternative zur kabelgebundenen Versorgung aller Haushalte.

Leider konnte sich Rief mit seinen Fraktionskollegen aus dem ländlichen Raum mit der Forderung nach einem Universaldienst, ähnlich dem bei der Versorgung mit Festnetztelefon, nicht durchsetzen.

Langfristig muss aber die flächendeckende Versorgung über Glasfaserkabel mit mindestens 50 Mbit für jeden Haushalt verfolgt werden. Immer größer werdende Datenmengen müssen sowohl im professionellen sowie im privaten Bereich übertragen werden. Nur so ist es möglich Unternehmen, Architektur- und Ingenieurbüros u. a. mit Standorten auf dem Lande zu halten. Diese Problematik sieht Rief besonders im Wahlkreis. Rief dankt allen Gemeinden, Bürgermeistern und Gemeinderäten sowie den regionalen Versorgern für ihr bisheriges Engagement. Um auch die letzten weißen Flecken mit Breitband-Internet zu versorgen, muss dieser Einsatz weiter gehen!

Dies würde eine sehr große Belastung für die Städte und Gemeinden in Oberschwaben bedeuten. Geld, das für höhere Zinsen ausgegeben werden muss, steht dann nicht für Schulen, Kindertagesstätten oder Infrastrukturprojekte zur Verfügung. Aus diesem Grund lehnt die CDU im Bundestag die Einführung von Euro-Bonds unter den momentanen Bedingungen strikt ab. Zuerst müssen die Krisenländer ihre Hausaufgaben in Form von tiefen Strukturreformen und harten Einsparungen in ihrem eigenen Staatshaushalt machen. Außerdem müssen, wie mit dem EU-Fiskalpakt im Januar 2012 geschehen, weitere Strukturen auf EU-Ebene verbessert und effizienter gemacht werden. Wir brauchen EU-weit die Schuldenbremse. Voraussichtlich bereits im kommenden Sommer wird der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) seine Arbeit aufnehmen, ein halbes Jahr früher als geplant.



Mit den Euro-Bonds verbindet sich ein weiteres Risiko: Es gäbe eine gesamtschuldnerische Haftung, die die wirtschaftliche und finanzielle Potenz der Bundesrepublik im Ernstfall deutlich übersteigen würde. Deutschlands Haftung wäre dann nicht mehr auf unseren 27 Prozent-Anteil am Euro begrenzt. Die Einhaltung der Haftungsbegrenzung ist bei den jetzt von Angela Merkel verhandelten Hilfsmechanismen (EFSF, ESM) gewährleistet. Das deutsche Risiko muss begrenzt und beherrschbar bleiben. Die europäische Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Erfolgreicher Einsatz für die Bundeswehrstandorte im Wahlkreis

Heeresflieger bleiben in Laupheim

Fortsetzung von Seite 1

„Da sind unter anderem die hervorragenden Übungsmöglichkeiten aufgrund der Alpennähe“, betont Josef Rief. Riefs Beharrlichkeit hat sich gelohnt, auch für das Systemzentrum Luftfahrzeugtechnik in Ummendorf.

„Der Erhalt ist ein Gemeinschaftswerk vieler“, kommentierte Rief. CDU und JU haben die Unterschriftenaktion auf den Weg gebracht und die CDU-Kreistagsfraktion hat sich einstimmig in einer Resolution für den Erhalt ausgesprochen. Die Kooperation mit der Stadt Laupheim, der Gemeinde Ummendorf und dem Landkreis war sehr eng. Die ganze Raumschaft ist wie eine Eins gestanden.



Josef Rief bei der Arbeit in seinem Büro



Weitere Förderung für das Stadtteilhaus Gaisenthal

Bundesfamilienministerium honoriert die hervorragende Arbeit des Mehrgenerationenhauses

Die weitere staatliche Unterstützung für das Mehrgenerationenhaus Gaisenthal ist gesichert. Diese gute Nachricht kam aus dem Büro des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfamilienministerium Dr. Hermann Kues.

„Das Bundesfamilienministerium hat zur weiteren Förderung der Mehrgenerationenhäuser ein Folgeprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro bis 2014 aufgelegt“,

informiert der heimische Bundestagsabgeordnete Josef Rief (CDU). „Ziel ist, dass jedes der Häuser mit einem Gesamtzuschuss von 40.000 Euro rechnen kann. Darüber hinaus werden entsprechende Stellen für Bundesfreiwillige geschaffen.“

Beste Voraussetzungen also, dass im Stadtteilhaus Gaisenthal an der Banatstraße auch in Zukunft die Türen für Menschen jeden Alters offen stehen und die



Arbeit des Vereins weiterhin den Zusammenhalt der Generationen wirksam und nachhaltig stärkt.

Beteiligung der Bürger bei politischer Meinungsbildung und Positionierung sehr erwünscht

„Uns ist es ganz wichtig“, so der Kreisvorsitzende Josef Rief, „jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, bereits an der Basis aktiv am politisch Geschehen teil zuhaben und mitzugestalten. Zu den Themenkomplexen Familien, Bildungs- und Sozialpolitik, Kommunalpolitik, Gesundheit, Wirtschaft und Agrar werden außer Arbeitsgruppensitzungen auch öffentliche Veranstaltungen organisiert.“

Aktuelle Fragestellungen sollen in Diskussionen aufgegriffen und dabei nach Lösungsvorschlägen gesucht werden. Positionen sollen überdacht und gegebenenfalls neu definiert werden.

Jeder einzelne Bürger könne seine In-

„Jeder einzelne Bürger kann seine Interessen, aber auch seine Talente und seine Kompetenzen in einen der Arbeitskreise einbringen.“

teressen, aber auch seine Talente und seine Kompetenzen in einen der Arbeitskreise einbringen, und so einen großen Schritt vom Mitreden zum wirksamen Mitmachen tun, ist Rief überzeugt. Die Anregungen der Bürger können so ganz konkret in das politische Handeln der Verantwortlichen einfließen.

Die fünf folgenden Arbeitskreise und ihre Ansprechpartner laden ganz herzlich zur Mitarbeit ein:

Agrarpolitik:

Anton Schniertshauer

Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik:

Wolfgang Dahler jun.

Kommunalpolitik:

Bürgermeister Walther Puza

Gesundheit:

Petra Romer-Aschenbrenner

Energie, Wirtschaft und Infrastruktur:

Theo Müller

Der CDU-Kreisvorstand freut sich über die Beteiligung interessierter Bürger an den jeweiligen Arbeitskreisen bei der CDU Kreisgeschäftsstelle unter der **Telefon: 0 73 51 / 15 730**, Fax: 0 73 51 / 15 731 oder sehr gerne auch per Email unter: info@cdu-kv-bc.de



Intensiver Austausch mit den Finanzexperten

Finanzexperte Dr. Michael Meister MdB in Biberach

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Michael Meister besuchte auf Einladung von Josef Rief MdB Biberach.

Meister informierte Unternehmer über die Maßnahmen der Berliner Regierungskoalition zur EURO-Stabilisierung

und dem Überwinden der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Dr. Meister, der in der EU als ausgewiesener Finanzexperte geschätzt wird, stand nach seinem Vortrag für eine intensive Diskussion zur Verfügung.



„Wir sind alle gefordert“

Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus

Die abscheulichen Mordtaten der Thüringer Terrorzelle zeigen, welchen Bedrohungen unsere demokratische Gesellschaft ausgesetzt ist.

„Die politische Bildung in den Schulen muss der Hauptansatz sein.“

Unsere demokratische Gesellschaft ist durch jede Form von Extremismus bedroht. Nicht nur Rechtsextremisten, auch Linksextreme wollen unser Gemeinwesen umstürzen. Ihr Ziel: ein sozialistisches bzw. kommunistisches System mit anarchischen Elementen. „Wir sind bei beiden Extremen gefordert“, unterstreicht der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief. Er fordert einen lagerunabhängigen Kampf gegen Extremismus.

Und obwohl der Verfassungsschutz in Deutschland in weit über 100 linksextrem

remem Vereinigungen über 30.000 Mitglieder – darunter auch 6.600 gewaltbereite Autonome – zählt, fällt auf: Viel zu wenig wissen wir über den Linksextremismus. Rief möchte dies nachhaltig ändern: „Die politische Bildung in den Schulen muss der Hauptansatz sein“, forderte Rief. Freiheit, Demokratie und Grundrechte seien nichts Gottgegebenes. Den Jugendlichen müsse bewusst gemacht werden, dass eine funktionierende Demokratie wehrhaft sein muss. Aber auch außerhalb der Schule müsse den Jugendlichen vermittelt werden, wie Konflikte gewaltfrei zu lösen seien.

Beim Thema Rechtsextremismus bezieht Rief ebenfalls klar Position. „Fast 70 Jahre nach der totalen Katastrophe von 1945 dieser menschenverachtenden Nazi-Ideologie noch nachzulaufen, ist für mich unverständlich“, zeigt sich Rief entsetzt über junge Rechtsextreme. Die Taten der Thüringer Terrorzelle und die mangelhafte Arbeit der Sicherheitsbehörden zeigten, dass dieser Bereich mehr Aufmerksamkeit benötige. Die Zusammenfassung der Datenbanken



Bundesminister Hans-Peter Friedrich kämpft gegen Extremismus

aller Landesverfassungsschutzämter sei der richtige Weg. Die NPD und die Autonomen Nationalisten sollen nach dem Willen Riefs von allen Demokraten bekämpft werden.

Ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren komme für ihn nur in Frage, wenn es mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Bundesverfassungsgericht zum Erfolg führen würde. „Ein kostenloser Werbeblock für die Ewig-Gestrigen darf bei einem Verbotsverfahren nicht herauskommen“, macht Rief deutlich.

Die Menschen in Deutschland sind die Gewinner!

Halbzeitbilanz überzeugt

Okay, bei mannschaftlicher Geschlossenheit besteht noch Luft nach oben, das räumt auch Josef Rief, der für Oberschwaben im Bundestag sitzt, ein. „Das Klima in der Koalition ist aber sehr viel besser, als es in der Außendarstellung erscheint“, so Rief. Und die Erfolge können sich sehen lassen:

Haben Sie schon gewusst, dass die deutsche Wirtschaft ein Rekordwachstum verzeichnet?

2010 ist die Wirtschaft in Deutschland



Josef Rief beim Sprechtag in Kisslegg mit der örtlichen CDU-Vorstandschafft

um 3,6 Prozent gewachsen – so stark wie noch nie seit der Deutschen Einheit. 2011 lag das Wachstum wieder über drei Prozent.

Haben Sie schon gewusst, dass wir mehr Jobs haben als je zuvor?

In Deutschland waren noch nie so viele Menschen erwerbstätig. In 2010 waren es 40,5 Millionen, in 2011 ist die Marke von 41 Millionen überschritten worden. Damit 2 Millionen mehr als in 2005. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit so



gering wie seit der Wiedervereinigung nicht.

Haben Sie schon gewusst, dass wir in Europa beste Berufschancen bieten?

Die Jugendarbeitslosigkeit von weniger als 2% ist europaweit Spitze. In Baden-Württemberg ist Jugendarbeitslosigkeit auch aufgrund des bisherigen passgenauen Schulsystems fast nicht messbar.

Eine Million Arbeitslosengeld-II-Empfänger konnten allein 2010 in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Bei der Beschäftigung Älterer liegen wir in der EU an zweiter Stelle.



Haben Sie schon gewusst, dass wir steigende Nettolöhne haben?

Mit einem Plus von 2,4 Prozent im Jahr 2010 sind die Nettoeinkommen so stark gestiegen wie seit 1992 nicht mehr. Dazu haben auch die Abgabentlastungen durch die CDU-geführte Bundesregierung seit der letzten Bundestagwahl beigetragen.

Haben Sie schon gewusst, dass wir die Schulden bremsen?

Die Neuverschuldung wird nachhaltig reduziert! Mit nur noch 1,5 Prozent wird

Deutschland 2011 die Defizitgrenze von 3 Prozent deutlich einhalten. Die Schuldenbremse gilt ab 2016, zeigt aber bereits jetzt Wirkung. Unser Augenmerk liegt darauf, konsequent auf einen Schuldenabbau hinzuarbeiten.

Haben Sie schon gewusst, dass wir die erfolgreichste Denkfabrik der Welt sind?

Bei den wichtigen Patenten liegt Deutschland heute deutlich vor den USA und Japan. In Deutschland wurde noch nie so viel Geld für Bildung und Forschung ausgegeben. Die Forschungsförderung wurde unter der CDU von 9 auf 13 Milliarden aufgestockt.

Haben Sie schon gewusst, dass wir Vorreiter für erneuerbare Energien sind?

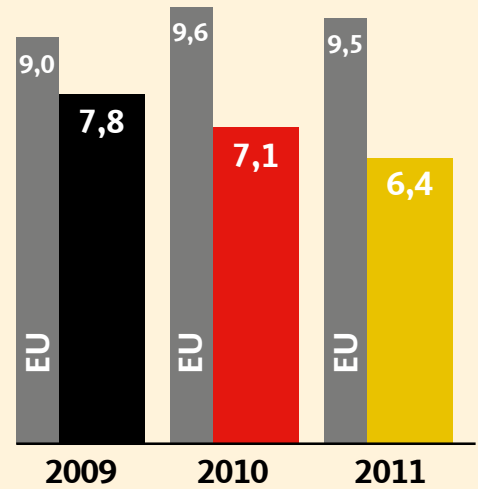
Unser ehrgeiziges Ziel ist es, den regenerativen Energien tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Im Gegensatz zum rot-grünen Ausstiegsszenario aus der Kernenergie forcieren wir zugleich den Transport und die Speicherung von Strom. Nur mit einer massiven Erhöhung der Netzkapazität und Weiterentwicklung der Speichertechnologien ist die Neuausrichtung der Energieerzeugung zu schultern.

Deutschland ist weltweit Vorreiter einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung. Die Investitionen in erneuerbare Energien stiegen von 10,6 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 26,6 Milliarden Euro heute. Die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich wurde mehr als verdoppelt.

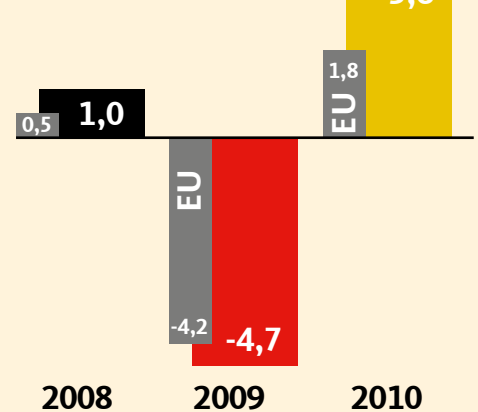
ARBEITSLOSENQUOTE (in %) 2009 - 2011 IM EU-VERGLEICH

Quelle: Eurostat



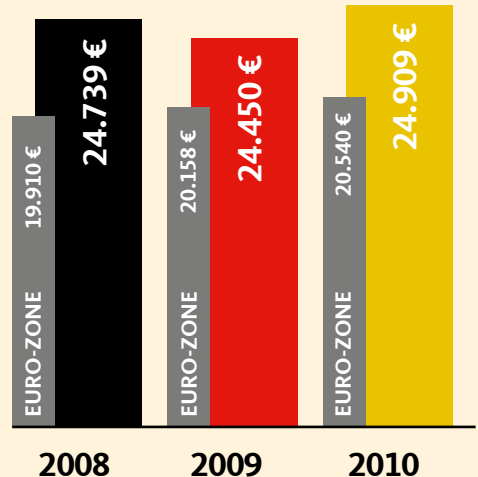
WACHSTUMSZAHLEN (in %) 2008 - 2010 IM EU-VERGLEICH

Quelle: Eurostat/EU



NETTOJAHRESVERDIENST 2008 - 2010 IM EU-VERGLEICH

Quelle: Eurostat





Jugendliche am Arbeitsmarkt gefragt – tolle Perspektiven

Junge Menschen brauchen Perspektive. Die Jugendarbeitslosigkeit im Euro-Raum lag Ende 2011 bei sehr hohen 21,3 Prozent. Gerade junge Menschen müssen beim Berufseinstieg Perspektiven aufgezeigt werden. Wenn der Einstieg mit der Arbeitslosigkeit beginnt, ist dies schlecht für die ganze Gesellschaft.



Josef Rief mit Auszubildenden in einer überbetrieblichen Bildungsstätte in Biberach

„Bildung ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit.“

Nirgendwo in Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit jedoch so niedrig wie im Landkreis Biberach mit unter 2 Prozent. Hier kann man von nahezu Vollbeschäftigung sprechen.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Sehr erfolgreiche und am Weltmarkt agierende Unternehmen, nachhaltige wirtschaftliche Strukturen im Wahlkreis und gut ausgebildete Menschen sowie eine Politik, die um diese Zusammenhänge weiß, bilden den Erfolgsmix. „Diese Entwicklung freut mich riesig, zeigt sie doch, wie zukunftsfähig unser

Wahlkreis aufgestellt ist“, sagt CDU-Bundestagsabgeordneter Josef Rief.

Damit diese Entwicklung von Dauer ist, müssen die jungen Menschen weiterhin eine hochwertige Ausbildung genießen. „Bildung ist eines der besten Mittel gegen Arbeitslosigkeit“, unterstreicht Josef Rief.

Weil Arbeit WERTvoll ist...

Rief: Tarifparteien sind gefordert

8,50 € will der DGB, die Linke will 10 € - wer bietet mehr? Diese unterschiedlichen Vorschläge offenbaren die Krux: Soll Politik in einer Sozialen Marktwirtschaft überhaupt die Löhne festlegen?

Die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn für alle Beschäftigten mag populär sein. Doch schon Ludwig Ehrhard sagte: „Der Staat als Schiedsrichter darf nicht mitspielen.“ Die Spieler sind hier Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. In über 60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft hat sich diese „Spielweise“ bewährt.

Josef Rief ist überzeugt, dass ein rein gesetzlicher Mindestlohn Arbeitsplätze zumindest gefährde, wenn nicht gar vernichte. Gleichzeitig sagt er auch:

„Sittenwidrige Löhne und Lohndumping müssen mit Gesetzen verhindert werden. Arbeit ist wertvoll für jeden einzelnen und die Gesellschaft insgesamt.“ Niedrigstlöhne entstehen vor allem da,

„Sittenwidrige Löhne und Lohndumping müssen mit Gesetzen verhindert werden.“

wos es keine funktionierende Tarifpartnerschaft gibt. „Wir handeln, um diesen Niedrigstlöhnen ein Ende zu bereiten“, zeigt sich Rief optimistisch.

Die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung treten für die Stärkung



der Tarifautonomie, die im Grundgesetz verankert ist, ein. Konkret: Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Gewerkschaften) legen für die jeweilige Branche einen Mindestlohn fest, u.a. Bauhauptgewerbe, Zeitarbeit, Gebäudereinigung.

In Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder diese nur geringe Wirkung zeigen, wird Gewerkschaften und Unternehmer die Möglichkeit eingeräumt, verbindliche Lohnuntergrenzen vorzuschlagen. Diese werden dann in einem weiteren Schritt von der Regierung für verbindlich erklärt und erlangen dadurch Rechtskraft. Die Verantwortung für die Höhe der Löhne muss bei den Tarifparteien bleiben.

Rezept „Verzogene Küchle“

Zutaten:

- 500 g Mehl
- 30 g Hefe
- 2 EL Zucker
- 1 Vanillezucker
- 3 Eier
- 80 g Butter
- 1/2 TL Salz
- 1/8 l Milch
- Öl oder Fett zum Ausbacken (z.B. Butterschmalz)
- Zucker zum Bestreuen



Josef Rief mit seiner Mutter

Aus den Zutaten einen lockeren, gut geschlagenen Hefeteig machen. Den Teig an einem warmen Ort ca. 30 min. gehen lassen.

Von dem Teig mit einem Esslöffel immer 5-10 Kugeln formen und auf einem Geschirrtuch kurz ruhen lassen. Vor dem Ausbacken die Kugeln auf circa 10 cm Durchmesser auseinanderziehen.

Die Küchle dann in reichlich Fett schwimmend von beiden Seiten ausbacken, bis sie goldbraun sind. Am besten eignet sich ein Topf, der einen großen Durchmesser hat, damit man mehrere Küchle gleichzeitig ausbacken kann.

Beim Herausnehmen die Küchle mit einem Schaumlöffel ein wenig zusammendrücken, damit das Fett abtropft. In eine Schüssel legen und mit Zucker bestreuen.

Zusage des Bundes zur Südbahn steht! Am Zug ist nun die Landesregierung!

Die Bundesregierung hält sich an Vereinbarungen: In einem an Rief gerichteten Schreiben konkretisiert Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) seine Finanzierungszusage und bekräftigt den Willen der Bundesregierung, die Elektrifizierung der Südbahn nun vorantreiben zu wollen.

„Nun ist die Landesregierung gefordert, die Planungsphase möglichst zügig zum Abschluss zu bringen, um mit dem Bau zu beginnen. Die Forderung nach einer verbindlichen Zusage des Bundes ist erfüllt“, kommentiert Josef Rief die aktuelle Entwicklung.

Zwischen Bund und Land war bereits vor längerer Zeit vereinbart worden, dass der Bund mit seiner Finanzierung von 50 Prozent einsteigt, wenn die Mittel der Landesregierung für die Maßnahmen zur Elektrifizierung verbraucht sind.

„Trotz allen Gegenwinds haben die CDU-Bundestagskollegen aus der Region und ich das Vorhaben konsequent unterstützt. Auch auf die Bundesregierung und Minister Ramsauer können wir uns verlassen“, lobt Josef Rief die gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium.

3 x 3-tägige Berlinfahrt zu gewinnen!



7	3	9		5	8	6		
					9	7	5	8
	8	5	7	6	2	9		
		4			5	2		
9		6		2		5		
5			8	7		4		9
3			6	9	4	1	7	
6	9	1	2	8		3	4	5
2	4		5	1				9

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:

Bitte senden Sie die Lösung bis zum **31. März 2012** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

Wahlkreisbüro Josef Rief
 CDU Kreisgeschäftsstelle
 Braithweg 27
 88400 Biberach

oder
 per Mail an: info@cdu-kv-bc.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter allen Einsendern mit der richtigen Lösung werden 3 dreitägige Informationsreisen für zwei Personen zu Josef Rief nach Berlin verlost!



Viel Glück!



Die Union: für Verbraucher und Landwirtschaft

Stärkung des Verbraucherschutzes

Die Verbraucherpolitik der Union schützt den mündigen Verbraucher zielorientiert da, wo es erforderlich ist. So hat die CDU für einen erhöhten Anlegerschutz am Finanzmarkt gesorgt, erschwert teure Warteschleifen von Service-Hotlines und strebt eine Preisansage bei Call-by-call-Telefonaten an. Auch das Gesetz gegen unerlaubte Telefonwerbung wird überprüft. Telefonverträge müssen schriftlich bestätigt werden.



Auf der Grünen Woche mit Bauernpräsident Sonleitner

Auf der neu installierten Internetplattform „Lebensmittelklarheit.de“ können sich Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und redaktionell begleitet auf Fehlverhalten von Herstellern aufmerksam machen.

Verlässliche Agrarpolitik

Die CDU im Deutschen Bundestag setzt sich für eine marktorientierte, verlässliche Agrarpolitik und für die Bauern und die Verbraucher ein. Sie steht für eine Landwirtschaft, die schonend mit Umwelt und Ressourcen umgeht und sich gleichfalls den Herausforderungen der Zukunft wie der Ernährung der Bevölkerung bei gleichzeitiger Erhöhung des Beitrags zu Erneuerbaren Energien und der Pflege von Landschaft und Umwelt stellt.

Europäische Agrarpolitik

Auf europäischer Ebene, wo derzeit die Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) nach 2013 beraten wird, setzt sich die CDU für eine Entkopplung der Direktzahlungen ein. Hier ist Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich in



Josef Rief informiert sich in einem örtlichen Verbrauchermarkt

Vorleistung getreten. EU-weit muss dieser Prozess weitergehen. Josef Rief fordert eine starke Erste Säule, die nicht an noch weitere Bedingungen geknüpft ist und eine gut ausgestattete Zweite Säule, die weiter erfolgreich den ländlichen Raum fördert. Bürokratieabbau und damit verbunden verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit sind auch für die Zukunft deutscher Bauern wichtig, um über 2013 hinaus unsere Verantwortung bei der Sicherung der Welternährung gerecht zu werden. Inzwischen ist der 7-milliardste Mensch geboren. Die verfügbare Ackerfläche pro Person wird sich im weltweiten Durchschnitt von 3600 m² auf 1800 m² bis zum Jahr 2050 halbieren.

Ramsauer in Unlingen: Grün-Rot ist in der Pflicht

Auf Einladung von Josef Rief (CDU) besuchte Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU) Anfang Februar 2012 den Wahlkreis Biberach und verschaffte sich einen Eindruck von der Verkehrssituation in Unlingen.

Minister Ramsauer wurde von Rief, Bürgermeister Mück und Landrat Dr. Schmid sowie dem Landtagsabgeordneten Schneider begrüßt. 150 Bürgerinnen und Bürger harreten bei 15 Grad unter Null aus, um dem Minister ihre Unterstützung



Rief erläutert Ramsauer den geplanten Verlauf der Ortsumfahrung

für einen baldigen Baubeginn der Ortsumfahrung der B311 in Unlingen zu zeigen. Ramsauer wies darauf hin, dass Baden-Württemberg aus den Zusatzmitteln des Bundeshaushalts mit 102 Millionen Euro genau so viel erhalte wie Bayern. In Bayern werden damit drei Neubaustraßen ausgeführt - in Baden-Württemberg dagegen keine. Hier müsse auch die Landesregierung mitziehen. Der Minister versprach aber, bei der grün-roten Landesregierung dafür zu werben, dass der Straßenneubau voran ginge.

Impressum:

v.i.S.d.P.: Josef Rief MdB, Wahlkreisbüro, Braithweg 27, 88400 Biberach, Tel.: 0 73 51 / 15 730, www.josef-rief.de • Layout: papenbusch media GmbH, www.papenbusch.de • Fotos: CDU Biberach, pixelio: Wandersmann, Rainer Sturm